

Mit Transparenz gegen «Grüselbeizen»

Hygiene Viele Länder veröffentlichen mittlerweile die Berichte von Lebensmittelkontrollen - und die Schweiz?

VON SVEN ALTERMATT

Man sitzt im Restaurant, geniesst das Filet und entspannt sich. Wüsste man allerdings, wie es mancherorts in der Küche zugeht, würde sich einem wohl der Magen umdrehen. Vergammelte Würstchen, Schimmel im Käse, Schaben unter dem Küchentisch: Nicht immer nehmen es Gaststätten mit der Hygiene so genau, wie es das Gesetz will. Manchmal ist es nur noch ekelerregend, was die Lebensmittelkontrolleure vorfinden.

Zum Beispiel im Kanton Bern: In fünf Prozent der Betriebe stiessen die Inspektoren im vergangenen Jahr auf gravierende Mängel. Bei 129 Gaststätten müsste man gar von einer «erheblichen Gefahr» für die Besucher ausgehen. Die Kontrolleure fanden verdreckte Küchen und Lebensmittel, die sich in Keimschleudern verwandelt haben.

Ähnliche Meldungen kommen aus den anderen Kantonen. Die Solothurner Kontrolleure sprachen im Jahr 2014 bei jedem sechsten der kontrollierten Betriebe von grossen Hygienemängeln. Im Aargau wurden die Lebensmittel aus 13 Betrieben gleich beschlagnahmt. Und in Basel-Stadt war zuletzt die Rede von einer «Stagnation der hygienischen Situation in den Restaurants».

Doch was nützen Lebensmittelkontrollen, wenn niemand davon erfährt? Denn egal, wo Herr und Frau Schweizer auch speisen: Sie wissen nicht, wie es um die Hygiene eines Restaurants steht. Die Wirte müssen nicht öffentlich machen, wenn sie von den Kontrolleuren gerügt werden. Auch die Behörden halten die Namen der Hygienesünder geheim - selbst dann, wenn Gästen immer wieder schlechte Lebensmittel aufgetischt werden.

Von unhaltbaren Zuständen erfahren die Konsumenten als Letzte. Gammelfleisch in der Küche ihrer Stammbeiz? Darüber werden sie nicht mal informiert, wenn längst die Strafbehörden ermitteln. Für Sara Stalder ist das schwer verständlich. Die Geschäftsleiterin der Stiftung für Konsumentenschutz fordert: «Restaurantbesucher müssen wissen, welche Betriebe sauber arbeiten und wo es an Hygiene fehlt.» Schon lange kämpft sie dafür, dass die Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen veröffentlicht werden.

Wirte warnen vor Pranger

Die Wirte werden vom Gesetzgeber geschützt. Es ist paradox: Einerseits gilt das Öffentlichkeitsprinzip mittlerweile in fast allen Kantonen. Amtliche Dokumente sind demnach für jeden einsehbar. Andererseits müssen sich die Kantone an das Lebensmittelgesetz des Bundes halten. Die Kontrolleure werden darin der Schweigepflicht unter-



In Dänemark erfahren die Konsumenten dank Smileys, wie es um die Hygiene von Restaurants steht. KHAN TARIO MIKKEL/KEYSTONE

TRANSPARENZ BEI DEN LEBENSMITTELKONTROLLEN

Wie die Schweiz in Europa hinterherhinkt

Sollen Konsumenten wissen, wie es um die Hygiene von Restaurants oder Imbissbuden steht? In immer mehr Ländern Europas wird diese Frage bejaht - aber nicht in der Schweiz. An vorderster Front steht Dänemark, wo transparente Lebensmittelkontrollen üblich sind: Restaurants und andere Lebensmittelbetriebe werden seit 2002 mit einem Smiley-System bewertet. Jeder Betreiber muss diese gut sichtbar am Eingang anbringen. Wo es bei den Kontrollen keine Beanstan-

dungen gab, hängt ein fröhliches Smiley an der Türe. Ein grimmiges Symbol zeugt dagegen von gravierenden Hygienemängeln. Jeder Bürger kann die jüngsten Kontrollberichte zudem online einsehen. Seit 2002 sei der Anteil der Betriebe in der besten Kategorie von 70 auf 85 Prozent gestiegen, heisst es bei der dänischen Lebensmittelbehörde. Umfragen zufolge zeigt sich die Branche zufrieden mit dem System. Selbst in der Bevölkerung kenne mittlerweile jeder die Smileys. In Grossbritannien und Finnland erfahren Konsumenten

ebenfalls längst, wie Restaurants bei Lebensmittelkontrollen abgeschnitten haben. Und auch in den Nachbarländern der Schweiz tut sich einiges: In Frankreich wurde jüngst ein neues Gesetz verabschiedet. Die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen müssen künftig transparent gemacht werden. Ähnliches ist mancherorts in Deutschland bereits heute Pflicht. Nun sollen die Kontrollen sogar im ganzen Land öffentlich werden. Das Verbraucherschutzministerium in Berlin hat einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorgelegt. (SVA)

stellt. Der Passus ist mehr als hundert Jahre alt - bislang scheiterten sämtliche Reformen am Widerstand der Gastro-Lobby.

Zuletzt votierten die eidgenössischen Räte vor zwei Jahren gegen die Offenlegung der Kontrollberichte. Gesundheitsminister Alain Berset plädierte vergeblich dafür, mehr Transparenz zu schaffen. Konsumentenschützerin Stalder versteht diesen Entscheid bis heute

nicht. «Schwarze Schafe können sich weiterhin hinter der Schweigepflicht verstecken», sagt sie. Dabei müsste es doch im Interesse der Branche liegen, dass genau diese ausgemerzt werden.

Keine Geheimnisse in Zug

Was Stalder als überfällig bezeichnet, sorgt bei den Betroffenen für Unverständnis. Die Branchenspitze will nicht, dass die Resultate der Lebensmittel-

kontrolle veröffentlicht werden. «Der Hygienestandard im Schweizer Gastgewerbe hält weltweit jedem Vergleich stand», sagt Casimir Platzer, der Präsident von Gastro Suisse. Der Profi im Gastgewerbe wisse genau, was er «den Gästen zuliebe und in seinem eigenen Interesse» zu tun habe. Und die Gesundheit der Konsumenten sei schon heute gewährleistet. Eine Veröffentlichung der Kontrollen kommt für Gastro

Suisse einem Pranger gleich. Schützt der Verband damit nicht vor allem die Sünder in den eigenen Reihen? Platzer verneint dies. «Sind Betriebe wirklich gesundheitsgefährdend, werden sie zugemacht und bleiben zu.» Genau diese Meinung vertreten auch die weiteren Branchenverbände.

Dem gegenüber steht der Kanton Zug. Hier setzen die Behörden als einzige nicht mehr auf Geheimniskrämerei. Alle Lebensmittelbetriebe erhalten seit 2009 ein Hygienezeugnis. Dieses umfasst die letzten drei Inspektionen. Die Noten reichen von «ungenügend» bis «sehr gut». Wirte, Bäcker und Metzger entscheiden selbst, ob sie das Zeugnis

«Restaurantbesucher müssen wissen, welche Betriebe sauber arbeiten.»

Sara Stalder Stiftung für Konsumentenschutz

veröffentlichen. Bei seiner Einführung war das System umstritten. Schon damals betonten die Behörden jedoch: Nur ein kleiner Teil der Betriebe verstosse gegen die Vorschriften, und genau diesen wolle man wegbekommen.

Nach fünf Jahren zeigt sich laut Amt für Verbraucherschutz tatsächlich: Die Zahl der ungenügenden Betriebe ist um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Gleichzeitig werden heute so viele Betriebe als «sehr gut» bewertet wie nie.

Bürgerliche gegen Transparenz

Den anderen Kantonen steht es frei, ähnliche Regeln gestützt auf ihr Öffentlichkeitsgesetz einzuführen. Selbst einer Vorschrift zur Offenlegung der Lebensmittelkontrollen stehe das Schweizer Lebensmittelgesetz nicht im Weg, heisst es beim eidgenössischen Datenschutzbeauftragten. Vorerst sind die Zuger aber allein mit ihrer Offenheit.

Auf nationaler Ebene wird derzeit weiter über die «Grüselbeizen» diskutiert. Parlamentarier von links bis rechts fordern mehr Transparenz bei den Lebensmittelkontrollen. Allen voran die Berner SP-Nationalrätin Nadine Masshardt und ihr St. Galler SVP-Ratskollege Lukas Reimann. Doch sämtliche bisherigen Anläufe der beiden scheiterten. Immer waren es bürgerliche Politiker, die Verschärfungen verhinderten.

Masshardt prüft nun einen neuen Vorstoss. Es gehe nicht darum, sagt sie, Wirte wegen kleiner Übertretungen anzuprangern. «Jeder Betrieb könnte die gute Hygiene auch als Qualitätsmerkmal verstehen.» Die Sozialdemokratin ist überzeugt: Wer sauber arbeitet, hat nichts zu verstecken.

Braucht es mehr Offenheit? Stimmen Sie online ab.

Schneider-Ammann trifft Freunde in Brüssel

Schweiz-EE Wirtschaftsinstitut diskutiert bei EU für Anliegen der Schweiz. Resultate sind indes noch nicht im Sicht.

www.nachrichten.ch/brüssel

Brüssel ist ein Ort, an dem sich die Schweiz und die EU treffen. In der Hauptstadt Belgiens trifft sich die Schweizer Regierung mit den EU-Beamten, um die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen zu stärken. In der vergangenen Woche hat sich die Schweizer Regierung mit den EU-Beamten über die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen unterhalten. Die Schweizer Regierung hat die EU-Beamten über die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen informiert. Die Schweizer Regierung hat die EU-Beamten über die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen informiert. Die Schweizer Regierung hat die EU-Beamten über die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen informiert.

genannt und wurde sich in Brüssel über Lösungen mit der EU einmischen. Derzeit können allerdings nicht die Beziehungen zu Mitarbeitern vertieft werden, sondern jene der Personalabteilung. Diese sprach Schneider-Ammann bei Wirtschaftsminister Jürg Leemann an. Der Kommissar werde ebenfalls über diese Lösung mit der Personalabteilung der Schweiz sprechen, sagte Schneider-Ammann. «Das ist so bei der EU-Kommission, welche einen Kommissar zu einem Minister, bevor offiziell auch die EU-Länder darüber entscheiden.»

er auch nicht, sagte der Bundesrat. Doch bei der Entscheidung über die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen habe ich eine gewisse Flexibilität für die Schweiz. «Wahrscheinlich wird die EU in den kommenden Wochen einen Antrag stellen, welcher die Schweiz in die Schweiz einbringen würde. Schneider-Ammann geht sich jedoch bewusst, dass eine Lösung gefunden wird. «Es gibt keinen Plan B», sagte er. Das sagt Schneider-Ammann auch als Wirtschaftsminister der Schweiz vor den Besuchern des EU-Programms in Brüssel. «Dieses Währungsreformprogramm ist ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der Schweiz. Die Schweiz ist ein wichtiger Partner der EU im Programm für das Jahr 2015. Dieses Währungsreformprogramm ist ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der Schweiz. Die Schweiz ist ein wichtiger Partner der EU im Programm für das Jahr 2015. Dieses Währungsreformprogramm ist ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der Schweiz. Die Schweiz ist ein wichtiger Partner der EU im Programm für das Jahr 2015.

NACHRICHTEN

Schneider-Ammann will Departement behalten

Schneider-Ammann will das Departement Wirtschaft und Energie behalten. Er hat sich mit den EU-Beamten über die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen unterhalten. Die Schweizer Regierung hat die EU-Beamten über die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen informiert. Die Schweizer Regierung hat die EU-Beamten über die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen informiert.

Der Rinnus-Erfinder Emil Rahm ist tot

Der Rinnus-Erfinder Emil Rahm ist tot. Er hat sich mit den EU-Beamten über die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen unterhalten. Die Schweizer Regierung hat die EU-Beamten über die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen informiert. Die Schweizer Regierung hat die EU-Beamten über die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen informiert.

Tiefenholzsprache für Finanz-Mitglieder

Tiefenholzsprache für Finanz-Mitglieder. Die Schweizer Regierung hat die EU-Beamten über die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen informiert. Die Schweizer Regierung hat die EU-Beamten über die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen informiert.

SCHWEIZ: USA Steuerabkommen nimmt im Senat wichtige Würde

SCHWEIZ: USA Steuerabkommen nimmt im Senat wichtige Würde. Die Schweizer Regierung hat die EU-Beamten über die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen informiert. Die Schweizer Regierung hat die EU-Beamten über die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen informiert.